

Bezugspreis:
Monatlich 1.10 M., vierteljährlich 3.00 M.
Post ins Haus befreit, od. in der Gasse
u. bei der Post abgeholt. Durch den Brief-
träger bestellt 14 Pfg. beim 42 Pfg.-meß.
Frei-Beilagen:
Sommer- und Winterfahrplan.
Hessischer Landwirth.
Zeitschrift-Anstalt Nr. 2.
Erscheint täglich
außer an Sonn- und Feiertagen.

Naßauer Bote

Verantwortlich: Dr. Albert Eicher. Redaktionsrat u. Verlag der Linburger Verlagsdruckerei, G. m. b. H. : A. Eicher, Director, alle in Linburg.

Wegweiser:
Die Abonnenten sollen über deren Namen
20 Pfg. bei den Postämtern und kleinen
Anzeigen in die vierte Spalte eintragen.
Kassieren 60 Pfg.
Anzeigen-Annahme:
Für die Tagesblätter bis 6 Uhr am Vorabend.
Nachtag nur bei Tagesblättern und
sonstiger Bezahlung.
Geschäftsstelle: Dreyerstraße 17.
Postfach 12362 Frankfurt.

Heftige Abwehrkämpfe längs der Westfront. Deutscher Tagesbericht.

W. Grotes Hauptquartier, 21. Okt. (Amtlich.)

Westlicher Kriegsschauplatz: Seeresgruppe Kronprinz Rupprecht.

In Flandern wurden vor und in den 18-24 Stunden zwischen 11 und 12 Uhr heftig gekämpft. In Lomere vorübergehend eingebrungen. Heftigsten Kämpfen war im Gegenstoß wieder zurück. Heftigsten Kämpfen war im Gegenstoß wieder zurück. Heftigsten Kämpfen war im Gegenstoß wieder zurück.

Heftigsten Kämpfen war im Gegenstoß wieder zurück. Heftigsten Kämpfen war im Gegenstoß wieder zurück. Heftigsten Kämpfen war im Gegenstoß wieder zurück.

Heftigsten Kämpfen war im Gegenstoß wieder zurück. Heftigsten Kämpfen war im Gegenstoß wieder zurück. Heftigsten Kämpfen war im Gegenstoß wieder zurück.

Seeresgruppe Deutscher Kronprinz.

Nördlich der See wurden erneute Angriffe des Feindes abgewiesen. Heftigsten Kämpfen war im Gegenstoß wieder zurück. Heftigsten Kämpfen war im Gegenstoß wieder zurück.

Seeresgruppe v. Gallwitz.

Ostlich von Vantreville wurden Teilangriffe der Amerikaner abgewiesen. Im übrigen blieb die Gefechtsintensität beiderseits der Maas in mäßigen Grenzen.

Südöstlicher Kriegsschauplatz:

An der Morawa schlugen wir erneute Teilangriffe der Serben ab.

Der Erste Generalquartiermeister:
Ludendorff.

Deutscher Abendbericht.

W. Berlin, 21. Okt., abends. (Amtlich.) Der Feind beschränkte sich an der Kampffront auf Teilangriffe, die von uns abgewiesen wurden. Unter Gegenangriff gegen die vom Feinde besetzten Höhen auf dem östlichen Niederrhein beiderseits von Bouvignies ist in gutem Fortschreiten.

Staatssekretär des Innern Trimborn über die Kriegsanleihe:

Die erste Pflicht des Reiches wird es stets sein, für die Zinsen der Kriegsanleihe zu sorgen.

Handwritten signature: Trimborn

Die neue Reichsverfassung.

In seiner Dienstag-Rede wird der Reichskanzler sich mit den auf die Durchführung des parlamentarischen Systems hinzielenden Verfassungsänderungen befassen. Man erwartet, daß er die künftige gesetzliche Festlegung der Verantwortlichkeit der Reichsleitung gegenüber dem Reichstag verkünden wird und daß ein kollegiales Reichsministerium geschaffen werden wird, in dem der Reichskanzler ähnlich wie der Ministerpräsident

Die deutsche Antwort an Präsident Wilson.

W. Berlin, 21. Okt. (Amtlich.) Die deutsche Regierung ist bei der Annahme des Vorschlages zur Räumung der besetzten Gebiete davon ausgegangen, daß das Verfahren bei dieser Räumung und die Bedingungen des Waffenstillstandes der Beurteilung militärischer Ratgeber zu überlassen sind, und daß das gegenwärtige Kräfteverhältnis an den Fronten den Abmachungen zugrunde zu legen ist, die es sichern und verbürgen. Die deutsche Regierung gibt dem Präsidenten anheim, zur Regelung der Einzelheiten eine Gelegenheit zu schaffen. Sie vertraut darauf, daß der Präsident der Vereinigten Staaten keine Forderung aufheben wird, die mit der Ehre des deutschen Volkes und mit der Abhaltung eines Friedens der Gerechtigkeit unvereinbar sein würde.

Die deutsche Regierung legt Verwahrung ein gegen den Vorwurf ungeschicklicher u. unmenschlicher Handlungen, der gegen die deutschen Land- und Seestreitkräfte und damit gegen das deutsche Volk erhoben wird.

Bestrebungen werden zur Deckung eines Rückganges immer notwendig sein und sind insofern völlerrechtlich gestattet. Die deutschen Truppen haben die strengste Weisung, Privateigentum zu schonen und für die Bevölkerung nach Kräften zu sorgen. Wo trotzdem Ausschreitungen vorkommen, werden die Schuldigen bestraft.

Die deutsche Regierung betont auch, daß die deutsche Marine bei Verletzung von Schiffen Rettungsboote nebst ihren Besatzungen abgesetzt vernichtet hat.

Die deutsche Regierung erklärt, in allen diesen Punkten den Sachverhalt durch neutrale Kommissionen aufklären zu lassen.

Um alles zu verhindern, was das Friedenswerk erschweren könnte, sind auf Veranlassung der deutschen Regierung an sämtliche U-Boot-Kommandanten Befehle ergangen, die eine Torpedierung von Passagierschiffen auszuschließen, wobei jedoch aus technischen Gründen eine Gewährung dafür nicht übernommen werden kann, daß dieser Befehl jedes in See befindliche U-Boot vor seiner Rückkehr erreicht.

Im preussischen Staatsministerium der Erste unter Gleichen ist. In dieses Gebiet fällt die Einbeziehung aller militärischen Angelegenheiten in den Rahmen der Befugnisse der Reichsleitung und damit die Festlegung ihrer Verantwortlichkeit auch in militärischen Dingen gegenüber dem Reichstag, mit anderen Worten die Aufhebung der unbeschränkten Kommandogewalt des Kaisers. Es ist vorgeschlagen worden, diese in der Weise herbeizuführen, daß alle militärischen Erlasse oder Ernennungen die Gegenzeichnung des Kriegsministers erhalten müssen und daß der preuss. Kriegsminister als Staatssekretär in das verantwortliche Reichsministerium eintritt, womit der Reichstag die Aufsicht über die Militärgewalt erhalten würde. Neben der Festlegung der Verantwortlichkeit des Reichskanzlers und der Staatssekretäre sowie der Unterstellung der Militärgewalt unter die Zivilgewalt, ist, wie bereits erwähnt, die Schaffung eines Staatsgerichtshofes geplant.

Auf der Tagesordnung der Reichstags-Sitzung steht ferner die Verfassungsänderung, durch welche Kriegserklärung und Friedensschluß an die Zustimmung des Reichstags gebunden werden. Es ist beabsichtigt, hier noch weiter zu gehen und auch die Einleitung eines Verteidigungskrieges, also kriegerische Maßnahmen gegen einen Angriff auf deutsches Gebiet von der Zustimmung des Reichstags abhängig zu machen. In der großen politischen Aussprache werden alle Parteiführer das Wort zur Lage ergreifen und man wird sowohl die Verfassungsfrage wie die Wilsonnote und die äußere Lage des Reiches eingehend erörtern.

Heimat und die Front.

Berlin, 21. Okt. Die Volkske Zeitung schreibt: In parlamentarischen Kreisen, die der Regierung nahe stehen, ist eine starke Strömung vorhanden, die in steigendem Maße darauf dringt, daß Redner aller Parteien, besonders aber die Volksminister, Volksstaatssekretäre und Volkshüterstaatssekretäre an die Westfront gehen, um dort den Truppen den wahren Stand der innen- u. außenpolitischen Lage in voller Offenheit auseinanderzusetzen. Dieses Verlangen entspringt der richtigen Erkenntnis, daß Volkskriege zur Verteidigung des heimatlichen Bodens nicht in der Geschichte die engste Verbindung zwischen der Regierung, der Heimat u. den Kämpfern an der Front zur Voraussetzung hatten.

Als grundlegende Bedingung für den Frieden bezeichnet der Präsident die Beseitigung jeder auf Willkür beruhenden Macht, die für sich, unkontrolliert und aus eigenem Belieben den Frieden der Welt stören kann. Darauf antwortet die deutsche Regierung: Im Deutschen Reich stand der Volksvertretung ein Einfluß auf die Bildung der Regierung bisher nicht zu. Die Verfassung sah bei der Entscheidung über Krieg und Frieden eine Mitwirkung der Volksvertretung nicht vor. In diesen Verhältnissen ist ein grundlegender Wandel eingetreten. Die neue Regierung ist in völliger Übereinstimmung mit den Wünschen der aus dem gleichen, allgemeinen, geheimen und direkten Wahlrecht hervorgegangenen Volksvertretung gebildet. Die Führer der großen Parteien des Reichstags gehören zu ihren Mitgliedern. Auch künftig kann keine Regierung ihr Amt antreten oder weiterführen, ohne das Vertrauen der Mehrheit des Reichstags zu besitzen. Die Verantwortung des Reichskanzlers gegenüber der Volksvertretung wird ausgebaut und sichergestellt. Die erste Tat der neuen Regierung ist gewesen, dem Reichstag ein Gesetz vorzulegen, durch das die Verfassung des Reichs dahin geändert wird, daß zur Entscheidung über Krieg und Frieden die Zustimmung der Volksvertretung erforderlich ist.

Die Gewähr für die Dauer des neuen Systems ruht aber nicht nur in den gesetzlichen Vorschriften, sondern auch in dem unerschütterlichen Willen des deutschen Volkes, das in seiner großen Mehrheit hinter diesen Reformen steht und deren energische Durchführung fordert.

Die Frage des Präsidenten, mit wem er und die gegen Deutschland verbündeten Regierungen es zu tun haben, wird somit klar und ungewissenhaft beantwortet, daß das Friedens- u. Waffenstillstandsangebot ausgeht von einer Regierung, die frei von jedem willkürlichen und unverantwortlichen Einfluß getragen wird von der Zustimmung der überwältigenden Mehrheit des deutschen Volkes.

Berlin, 20. Oktober.

Soll, Staatssekretär des Reichens.

Wahnsinnige Forderungen in der englisch-französischen Presse.

Die Stimmungsmache der englischen Presse gegen den Abschluß eines Waffenstillstandes ist ungeheuerlich. Ganz abgesehen von den Zeitartikeln der führenden Zeitungen, die sich fast durchweg leidenschaftlich dagegen erklären, bringen die meisten Blätter eine Flut von Artikeln und Zuschriften, die von Deutschland vor Beginn irgendwelcher Verhandlungen bedingungslose Uebergabe oder Sicherungen verlangen, welche die Wiederaufnahme von Feindseligkeiten unmöglich machen würden. Daneben werden schon jetzt die denkbar drastischen Friedensbedingungen gefordert. Die Times bringt eine ganze Reihe derartiger Forderungen. Lord Wrenbury verlangt die Zurückgabe Elcho-Rothings an Frankreich, die Abtretung des Nordsees an England, Verzicht auf alle Kolonien, Verzicht der Türkei auf die europäischen Gebiete, Wiedergabe der in Frankreich und Belgien angelegten Eisenbahnen sowie große Kriegsschiffanlagen an die Alliierten. Er verlangt die zerstörten Schiffe und Ausrüstungen sämtlicher deutschen Kriegsschiffe, endlich Verstrafung aller einer Verletzung völkerrechtlicher Pflichten überführten Personen durch Gerichte der Alliierten sowie Erzwingung dieser Bedingungen durch Besatzung.

W. Bern, 20. Okt. Archibald S. D. erörtert im Daily Telegraph, welche Friedensbedingungen Deutschland bezüglich der Flotte aufzuwerfen seien. Er führt aus, daß die deutsche Hochseeflotte 1914 unklarer die russische und französische abschlagen hätte, wenn Großbritannien nicht interveniert und die große Aufgabe erfüllt hätte. Die deutsche Flotte in Schach zu halten. Dafür gebühre England bei Friedensschluß die gesamte deutsche Hochseeflotte, für die Deutschland überdies, da es ja seine Kolonien nicht zurückhalten sollte, keine Verwendung mehr haben werde. Es müsse Deutschland darauf verzichten, daß seine Flotte nicht auf dem Wasser liege, auch nicht unter dem Wasser. Die Tauchboote müßten sämtlich formell übergeben werden. Was die Gutmachung des durch die Tauchboote angelegten Schadens anbelangt, so sei eine „Tonne-für-Tonne-Volstil“ nicht ausreichend. Deutschland besitze nur zwei Millionen Tonnen. Das reiche nicht hin, die verlorenen Schiffe zu ersetzen und die Uebeltäter zur Bestrafung auszuliefern.

Die Verbindung zwischen Frankreich und Holland.

Haag, 21. Okt. Der „Matin“ stellt fest, daß nach den jüngsten Erfolgen die Landverbindungen zwischen Frankreich und Holland über Belgisch-Niederlande wiederhergestellt ist. Das ist vom wirtschaftlichen wie vom politischen Standpunkt eine Tatsache von größter Wichtigkeit.

* Die deutsche Antwort

auf die letzte ziemlich gepefferte Wilson-Note liegt nunmehr in ihrem vollen Wortlaut vor und macht im Ganzen einen durchaus würdigen und befriedigenden Eindruck. Die Sprache ist ruhig, fest und maßvoll und läßt sich durch die gegnerischen Provokationen und Anschuldigungen aus ihrer ruhigen Gemessenheit und strengen Sachlichkeit nicht herausbringen. Eben dadurch erhält man von der Note den Eindruck, wor großen Entgegenkommens und redlicher Friedensbemühung, die jedoch trotz allem selbstbewußte Kraft und Entschlossenheit durchschimmern läßt. Man kommt ja als Zitiender und muß darum alle Möglichkeiten, die Diskussion zu einem gedeihlichen Ende zu führen, erschöpfen. Darum geht die deutsche Note auf alle Fragen und Vorwürfe Wilsons Punkt für Punkt mit größter Sachlichkeit ein und sucht alle Mißverständnisse zu klären und alle Hindernisse nach Möglichkeit aus dem Wege zu räumen. Bezüglich des U-Bootkrieges hätten wir nach den in der Presse aufgetauchten Andeutungen vielleicht sogar ein noch größeres Entgegenkommen erwartet. Es hätte im feindlichen Lager sicherlich einen vorzüglichen Eindruck gemacht, wenn wir den U-Bootkrieg für die Zeit und Dauer der Friedensverhandlungen ganz und gar sistiert hätten.

Besonders gelungen scheint uns in der deutschen Note der Nachweis der politischen Garantien zu sein, welche Wilson in seiner Antwort neben den 14 Punkten plötzlich neu eingeführt und in den Vordergrund gehoben hatte. Wenn Wilson wirklich ehrlichen Friedenswillens ist, so muß er die deutsche Beweisführung als zwingend anerkennen und Bedenken aus diesem Punkte heraus lassen.

Eine häßliche Verdächtigung.

Der Vorstand der sozialdemokratischen Partei Deutschlands wendet sich in einem Aufrufe „an Deutschlands Männer und Frauen“, in dem ausgeführt wird, daß sich gegen die friedliche Revolution die dunklen Mächte der Gegenrevolution regen. Der Aufruf versteht sich auch zu der Verdächtigung, daß sich die Anzeichen mehren, daß agrarische Kreise durch Zurückhaltung der Lebensmittel die Schwierigkeiten der neuen Regierung erhöhen wollen. Wie wir von unschätzbare Stelle hören, ist diese Behauptung völlig unbegründet; im Gegenteil hat die Ablieferung der landwirtschaftlichen Produkte bislang ein größeres Ergebnis gehabt, als verlangt und vorgesehen war.

Die Beziehungen zu Bulgarien.

Berlin, 20. Okt. Die in Berlin noch weilenden bulgarischen Offiziere werden in den nächsten Tagen die Hauptstadt verlassen und sich in ihr Vaterland zurückbegeben. Ebenso wird voraussichtlich die bulgarische Gesandtschaft um ihre Pässe bitten.

Ja, Bauer, das ist was anders!

Soll, Grenz, 21. Okt. In der Verwirrungsbege gegen die Deutschen schreibt der „Kienow-Rotterdamische Courant“: Die Russen haben seinerzeit bei ihrem großen Rückzug alles in Polen verwüstet, was zu verwüsten war, um den Aufmarsch der Mittelmächte aufzuhalten, und wurden darauf von ihren Bundesgenossen mit Lob überschüttet.

Auch Großfürst Nikolai Nikolajewitsch erschossen?

W. Paris, 21. Okt. (Ruhrmeldung.) Die Zeitungen veröffentlichten eine dramatische Meldung aus Jaroslawskoje, wonach der frühere Oberbefehlshaber der russischen Armee Nikolai Romanow am 16. erschossen worden ist.

Einberufung des amerikanischen Senats.

W. New York, 20. Okt. Die „Times“ meldet aus New York: In Erwartung der deutschen Antwort ist der Senatsausschuß für Dienstag früh einberufen. In diesem Tage wird Lansing wahrscheinlich schon die Antwort Wilsons auf die neue deutsche Note, die

Wirksame U-Bootarbeit

W. Berlin, 18. Okt. (Amtlich.) Am Sperrgebiet um England versenkten unsere U-Boote 24 000 Br.-Tonn.-T.

Unter den versenkten Schiffen befanden sich ein großer Munitionsdampfer, ein Frachtdampfer mit Benzinladung sowie ein tiefladender Tankdampfer.

Der Chef des Admirals der Marine.

Fliegerangriff.

W. Frankfurt, 21. Okt. Heute nachmittag um 3 Uhr 15 Minuten wurde die Stadt Frankfurt a. M. wegen Fliegerangriff alarmiert. Die Abwehrgeschüsse trafen in Tätigkeit. Um 4 Uhr 35 Minuten war der Alarm beendet. Schaden ist soweit bisher festgestellt werden konnte, in Frankfurt am Main nicht entstanden.

Explosion.

W. Magdeburg, 21. Okt. Bei der Explosion der Berlin-Anhaltischen Maschinen-Fabrik in Dessau wurden 70 Personen getötet, etwa 50 Personen sind schwerer oder leichter verletzt worden. Es ist jedoch nicht ausgeschlossen, daß diese Zahlen sich noch um einiges erhöhen werden, da die Aufräumarbeiten durch militärische Hilfe im Gange sind. Die Ermittlungen über die Entstehungsbursachen haben noch zu keinem bestimmten Ergebnis geführt.

auf einen baldigen Eintritt winterlicher Witterung schließen läßt.
Das Friedemann-Quartett aus Berlin wird sich am 29. Oktober in Limburg hören lassen. Den Herren geht ein vorzüglicher Ruf voraus; von den großen Kritikern werden sie in ihren Leistungen dem Publikum wohl interessieren, daß das Quartett neben dem wunderbaren Edgar von Bochum, das „Aus meinem Leben“ betitelt Quartett des böhmischen Smetana zum Vortrag bringt. Den Schluß bildet eines der herrlichen Meisterwerke von Mozart. Karten sind bei der Buchhandlung Metz zu haben.
— Achtung! Die Eisenbahnverwaltung gibt bekannt, daß eine Sperre für Frachtgut-Straßgüter neuerdings wieder eintreten muß am 23., 24. und 25. Oktober.

Vermischtes.

Hotel Oberecke an der Gräpse gestorben.
* Mainz, 21. Okt. Ein Eisenbahnassistent hatte die Tage geheiratet und eine kleine Hochzeitsreise gemacht. Nun kam er mit seiner jungen Frau zurück und wollte seine Wohnung in der Kolmarstraße beziehen. Beim Eintritt in die Wohnung wurde es ihm unwohl. Da das Paar noch nicht vollständig eingerichtet war, ging er ins Krankenhaus. Als sich seine Frau am Abend dort nach seinem Befinden erkundigte, war er schon gestorben. Die junge Frau wurde am nächsten Tage ebenfalls von der Grippe befallen und erlitt ebenfalls noch am gleichen Tage den Tod. Der Mann war 36, die Frau 20 Jahre alt.
* Morienbad, 21. Okt. Während seines Ferienaufenthaltes bei seinen Eltern ist hier der Herr Georg im Alter von 83 Jahren an den Folgen der Grippe gestorben, nachdem ihm zwei Tage vorher in Folge derselben Krankheit seine 24 Jahre alte Gattin im Bade verstorben war.
* Köln, 21. Okt. In der vergangenen Nacht gegen 1 Uhr wurden in Köln-Rail zwei Männer, welche auf einem Handwagen ein geschlachtetes Schaf mit sich führten, von einem Schuhmann und dessen Begleiter festgenommen. Sie ließen die beiden vor sich hergehen. Plötzlich drehte sich einer der beiden Männer um und schloß den Schuhmann in die Brust. Der sofort in Zusammenbruch. Ein zweiter Schuß traf den Begleiter des Schuhmannes, der lebensgefährlich verletzt ins Krankenhaus geschafft wurde. Die beiden Täter sind unerkannt entkommen. Das Schaf ist beschlagnahmt.

Letzte Nachrichten.

Der Wille des deutschen Volkes.

Berlin, 21. Okt. (Ab.) Wie wir aus parlamentarischen Kreisen erfahren, wird in der nächsten Dienstausschreibung des deutschen Reichstags eine neue feierliche Erklärung des Präsidenten des Reichstags erfolgen über den Willen des deutschen Volkes, zu einem ehrenvollen Frieden mit dem Feinde zu gelangen, aber keine Forderungen anzunehmen, die die fernere Existenz des deutschen Volkes unmöglich machen würden.

Die Staatssekretäre beim Kaiser.

Berlin, 21. Okt. Der Kaiser empfing heute nachmittag im Gegenwart des Reichskanzlers die neu ernannten Staatssekretäre Scheidemann, Groeber, Erbsberger, Kaufmann, Trimborn Bauer und die Unterstaatssekretäre

David, Giesberts, Rob. Schmidt und Dr. August Müller.

Fliegerangriff auf Gent.

Am Sonntagabend wurde, wie dem „Verl. Lokalanzeiger“ aus dem Haag gemeldet wird, Gent von 7 alliierten Fliegern angegriffen. In der Nähe des großen neuen Bahnhofs wurde Schaden angerichtet. 61 Personen wurden getötet, viele verwundet. Die Erregung in Gent ist ungeheuer. Man nimmt an, daß die ganze bürgerliche Bevölkerung die Stadt verlassen wird.

Beatty über eine Seeschlacht.

Haag, 21. Okt. „Manchester Guardian“ erzählt, daß Admiral Beatty auf die Frage, ob er glaube, daß es mit der deutschen Flotte zum Kampf kommen werde, geantwortet habe: Selbstverständlich wird die deutsche Flotte hinausgehen, um zu kämpfen.

Zur Kriegslage.

Berlin, 21. Okt. Dem Abbau unserer Front hinter der Schelde in der Gegend von Douai ist der Feind nur zögernd gefolgt. Offiziers-Patrouillen haben unseren Abzug lange Zeit verschleiert und dadurch die Möglichkeit gegeben, die Eisenbahnen zu zerstören. Zwischen Le Gatenau und der Cijle sollte am 17. Oktober der seit Wochen begonnene Kesselausgriffversuch des Feindes begonnen werden mit dem deutschen Ziele, unsere bei Laon stehenden Truppen in die Flanken zu fallen. Dieser Angriff ist nicht erreicht worden. Nur rein taktische Erfolge waren dem Feinde zuzurechnen. Mit der Fortsetzung der Offensive wird gerechnet. Der größte Druck des Feindes wird nach wie vor auf der Flandernsfront erwartet.

Zwischen den Argonnen und der Meuse tragen die Kämpfe seit dem 10. Oktober keinen einheitlichen Charakter mehr, sondern lösen sich in heftige Teilausgriffe auf, die der Feind stets durch sehr hartes Feuer schwerer Artillerie eingeleitet und die dann von den Amerikanern unter vollständigem Einsatz von Infanterie mit Tankbegleitung fortgesetzt wurden. Unsere Truppen haben sich auch hier als sehr tapfer gezeigt. Von den 21 bis jetzt festgestellten amerikanischen Divisionen sind 14 wieder heraus, oder oder in der Ausübung begriffen. Die amerikanischen Verluste waren sehr groß. Es ist aber auch hier damit zu rechnen, daß die Angriffe wieder ausfallen und daß sie auf des weichen Sandes noch bis an die Meuse und darüber hinaus ausgedehnt werden.

Eine Unterredung mit dem Kriegsminister.

Berlin, 21. Okt. Der Kriegsminister empfing heute Direktor Stollberg von der „Nordd. Allgem. Ztg.“. Im Verlaufe der Unterredung kam das Gespräch auf die neuerlichen Behauptungen der Auslandspresse, Deutschland sei aus Mangel an Kriegsmaterial zum Frieden gezwungen. Der Kriegsminister erwiderte: Ich kenne die Presse unserer Gegner zu gut, um nicht zu wissen, daß sie mit solchen falschen Behauptungen die Friedenssehnsucht der feindlichen Völker — denn in jedem Volk brennt ja die Sehnsucht auf Frieden — abschwächen wollen. Trotz des gegenwärtigen Ansturms könnten alle Anforderungen der Front an Munition, Geschützen und Kriegsmaterial ohne Unterbrechung voll erfüllt werden. Unsere Materialreserven, unsere Munitionserzeugung und die Fertigung von Geschützen, Geschützen und Kriegsgeschützen sind für die

Deckung der Aufträge der letzten Wochen mehr als ausreichend. Was also die Ententeartikel sagen, sind wiederum bewusste falsche Behauptungen unserer Gegner. Deutschland wird nie aus Mangel an Kriegsmaterial Frieden zu schließen brauchen. Die augenblickliche Ueberlegenheit des Gegners liegt besonders im Gebrauche der Luft. Es wird seit längerer Zeit tatkräftig gearbeitet, um diese als wichtig erkannte Waffe in genügender Zahl bereitzustellen, so daß wir hinreichend Hilfsmittel zur erfolgreichen Durchführung des Krieges haben werden, falls wir gezwungen sein sollten, ihn fortzusetzen.

Eine deutsche Untersuchungskommission.

Berlin, 21. Okt. Zur Untersuchung der Beschuldigungen über angeblich zwecklose Bombardierungen und Zerstörungen bei dem Rückzug der deutschen Truppen begab sich eine neutrale Kommission, bestehend aus in Brüssel wohnhaften Vertretern neutraler Staaten, an die Front. Der Chef der politischen Abteilung in Brüssel, General Freyherr von der Lancken, übernahm die Führung der Kommission.

Die neutrale Kommission zur Untersuchung der „Verwüstungen“ im Rückzugsgebiet setzt sich zusammen aus dem spanischen Gesandten Marquis Villalobar, dem holländ. Gesandten van Bollenhofen und den folgenden Delegierten der Rest-Kommission: Saura (Spanien), Langenberg (Niederlande) und von Bree (Belgien).

Der Washingtoner Notenwechsel.

Genf, 21. Okt. Der „Matin“ meldet aus New York: Wilson wird an die Türkei sogleich die gleiche Antwort geben wie an Oesterreich-Ungarn. Wenn die deutsche Note bis Sonntagabend überreicht ist, kann mit ihrer Beantwortung schon für Dienstag gerechnet werden. Ueberraschungen erwartet man nicht mehr.

Der Eindruck der deutschen Note im Reichstag.

Die deutsche Antwort an den Präsidenten Wilson wurde in den ersten Nachmittagsstunden im Reichstagsgebäude bekannt und hat überall tiefen Eindruck gemacht.

Ein führendes Mitglied der Zentrumspartei begrüßt die Note, weil sie die Friedensforderung fortsetze. Da das Waffenstillstandsangebot auf Anregung der leitenden militärischen Stellen erfolgt ist, sei die Forderung Wilsons, daß aus ihm keine Verschlechterung der militärischen Lage unserer Gegner zu stehen darf, und daß deshalb die Bedingungen des Waffenstillstandes den militärischen Notwendigkeiten zu überlassen seien, sehr begründet. Es sei nur folgerichtig, wenn wir auf diese Forderung eingehen.

Nach der fortschrittlichen

Abgeordnete Weinhausen

erklärt in der Note nach Form und Inhalt erneut ein Zeugnis von der Ehrlichkeit des deutschen Friedenswillens. Manhaft und würdig in der Abwehr der schamhaften Verdächtigung der deutschen Wehrmacht zu Wasser und zu Land, bestimmt und eindeutig in der Vorlegung der militärischen Zustände hinsichtlich der Waffenstillstandsbedingungen, des Räumungsverfahrens und der Einschränkung des U-Bootkrieges, verweise

die Note ausführlich bei der für Wilson wichtigsten Angelegenheit der deutschen innerpolitischen Kernaussagen. Der nächste die Vorlegung der deutschen Regierung den Charakter einer Belehrung und Aufklärung des Präsidenten Wilson an. Alles in allem bekräftigt die zweite deutsche Note aufs Neue den festen Willen der neuen Regierung, hinter ihr stehe die überwältigende Mehrheit der deutschen Volkvertretung, alle Gemüthsstimmung auf dem schwierigen Wege zum Frieden entschlossen auf dem Wege zu räumen.

Der nationalliberale Abgeordnete

Freiherr v. Richthofen

äußerte sich einem Vertreter der „Nat.-Ztg.“ gegenüber über die Note, daß sie sachlich einen Standpunkt einnehme, der von vornherein zu erwarten war. Sie führe die Friedensausrede weiter und weise die Erörterung über den Waffenstillstand seinen Faktoren zu, auf die sie von Rechtswegen beruhen müssen. Keinerlich sei die deutsche Note sehr ruhig und kühl gehalten. Die Worte der Abwehr gegen angebliche Greuelthaten der deutschen Soldaten werden vom ganzen deutschen Volk warm begrüßt werden. Der Vorschlag auf Einleitung einer internationalen Untersuchungskommission sei der Beweis für unser gutes Gewissen.

Amerika erkennt die Ukraine nicht an.

Oberster Blättern zufolge wandte sich der ukrainische Gesandte in Sofia hinsichtlich der Frage der Vertretung der Ukraine auf dem Friedenskonferenz an Amerika. Er erhielt vom Staatssekretär Lansing die Antwort, daß die Vereinigten Staaten die Vertretung des gesamten Rußland erwarten, jedoch die Selbstständigkeit der einzelnen Teile Rußlands nicht anerkennen könnten.

Nord-Schleswig.

Kopenhagen, 21. Okt. In verschiedenen deutschen Blättern waren in den letzten Tagen Gerüchte wiedergegeben, die davon ausgingen, die dänische Regierung habe der deutschen Regierung eine Note zugehen lassen, man solle die nord-schleswigsche Frage einer neuen Diskussion unterziehen. Die Gerüchte beschäftigten sich auch mit gewissen Absichten der Alliierten. Diese Nachrichten werden in allen dänischen Blättern als unbegründet dementiert.

Die Deutsch-Oesterreicher.

Wien, 21. Okt. Entsprechend ihrer geschichtlichen Bedeutung wird die Nationalversammlung der Deutsch-Oesterreicher einen besonders feierlichen Charakter tragen. Viele Rundschreiben wird in einem Aufruf gefordert, der die Richtlinien der künftigen Politik der Deutschen enthält. Allgemein besteht der feste Entschluß, zu retten was zu retten ist. So treffen die Hochschulpromovierten bereits Vorbereitungen, um die Verlegung der Universität Prag nach Nord-Böhmen durchzuführen.

Italien erwartet den Waffenstillstand.

Genf, 21. Okt. Das „Journal des Debats“ meldet aus Rom: Die Auffassung hat sich in den letzten 24 Stunden verstärkt, daß die diesjährigen Weihnachten, wenigstens für Italien, den Waffenstillstand bringen werden. In Rom werden allgemein Beteten für den Friedensschluß mit 31. Januar abgeschlossen.

Granatowitsch L. d. Anzeigen: A. D. C. Des. Brnau.

Reichstag und Regierung über die Sicherheit der Kriegsanleihen.

Der Staatssekretär des Reichsschatzamts, Graf von Roeder, hatte mit Parteiführern des Reichstags eine Aussprache über die Kriegsanleihe. Es waren mit dem Reichsstaatspräsidenten Jochenbach, dem Zentrum die Abgeordneten Erbsberger und Trimborn, von den Sozialdemokraten die Abgeordneten Ebert und Scheidemann, von den Konservativen die Abgeordneten Graf von Westphalen und Dietrich, von der Fortschrittlichen Volkspartei die Abgeordneten Biemer und Fischel, von den Nationalliberalen die Abgeordneten Stresemann und Litz, von der Deutschen Fraktion die Abgeordneten Freiherr von Camp und Schulz-Brumburg erschienen.

Der Staatssekretär des Reichsschatzamts erklärte u. a. folgendes:

„Man fragt nach der Sicherheit der Anleihen. Die Anleihen sind gesichert, formell durch das Versprechen von Regierung und Reichstag; materiell durch das, was hinter ihnen steht, die Arbeits- und Steuerkraft des ganzen deutschen Volkes. Treffend hat man die deutsche Kriegsanleihe als eine Hypothek auf unser Volksvermögen bezeichnet. Unser Volksvermögen steht in der Hauptsache noch unangestastet da.“

Das deutsche Volkseinkommen bietet eine Gewähr dafür, daß auch der Zinsendienst der Kriegsanleihen gesichert ist.

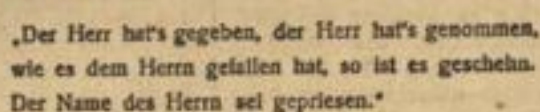
Bundesrat und Reichstag sind gewillt, den eingegangenen Verpflichtungen gerecht zu werden, insbesondere für Deckung der Kriegsanleihezinss in voller Höhe Sorge zu tragen.

Die Parteiführer des Reichstages

erklärten ihre volle Uebereinstimmung mit der Auffassung, daß es weiter für Reichstag und Reichsregierung erste Pflicht sein muß, den Zinsendienst der Kriegsanleihen in zugesagter Höhe mit allen Mitteln sicherzustellen, und daß der Besitzer von Kriegsanleihe bei allen steuerlichen und sonstigen Maßnahmen keine Benachteiligung, vielmehr nach Möglichkeit eine Begünstigung erfahren soll. Für die Durchführung dieses Bestrebens bürgt schon die Tatsache, daß unsere Anleihen Volksanleihen im besten Sinne des Wortes sind, die sich zum größten Teil in den Händen von Millionen wenig begüterter Volksgenossen befinden.

Bei allen Steuern, die noch kommen, wird der Besitzer von Kriegsanleihe nicht schlechter gestellt werden wie der, der seiner Pflicht zur Zeichnung in dieser schweren Zeit nicht nachgekommen ist. Ich trete sogar dafür ein, daß derjenige, der sein Vaterland in schwerer Zeit finanziell nicht im Stiche gelassen hat, bevorzugt werden soll.

Die Kriegsanleihe ist eine Volksanleihe im besten Sinne des Wortes geworden, sie ist bereits jetzt in den Händen von Millionen zum großen Teil wenig bemittelter deutscher Reichsangehöriger, sie bildet den Grundstock des Vermögens ungezahlter Sparkassen, Genossenschaften, wohlthätiger Stiftungen, die unseren Armen dienen. Und weil das der Fall ist, würde kein Parlament und keine Regierung es wagen können, durch gesetzliche Maßregeln an der Sicherheit ihres Zinsertrages zu rühren.“



8189



Das Seelenamt ist am Donnerstag, den 24. Oktober
zu Oberjeuzheim. 8192

Ein gut erhaltenes Wohn-
und Schlafzimmer nebst
Küche zu laufen gesucht.
Off. unt. 8165 an d. Exp.
Heidgrauer sucht Wohn-
und Schlafzimmer.